



**Gabriele Hiller-Ohm**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Tourismuspolitische Sprecherin der  
SPD-Bundestagsfraktion

Gabriele Hiller-Ohm, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit  
und Soziales der Hansestadt Lübeck  
Dr. Marek Lengen  
Kronsforder Allee 2-6  
23539 Lübeck

Berlin, 27.04.2021

**Gabriele Hiller-Ohm, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 - 73 514  
Telefax: 030 / 227 - 76 514  
gabriele.hiller-ohm@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Lübeck:**  
Große Burgstraße 51  
23552 Lübeck

Telefon: 0451 / 384 68 95  
Telefax: 0451 / 384 68 96  
gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Lengen,  
lieber Marek,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben zur Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich seit langem für eine Reform der Pflegeversicherung ein. Eine Begrenzung der Eigenanteile an den Pflegekosten ist überfällig. Pflegebedürftige müssen entlastet werden, ein Pflegefall in der Familie darf nicht arm machen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im September 2019 ein Positionspapier erarbeitet, welches konkrete Punkte für eine Reform der Pflegeversicherung benennt. Das Dokument mit dem Titel „Pflege solidarisch gestalten“ ist abrufbar unter: <https://www.spdfraktion.de/themen/pflege-solidarisch-gestalten>. Nach langem Vorlauf hat Gesundheitsminister Spahn Mitte März diesen Jahres einen Arbeitsentwurf für eine Pflegereform vorgelegt, der öffentlich kursiert. Dieser bleibt nicht nur hinter den Ankündigungen zurück, sondern sieht teilweise Regelungen vor, die für die SPD-Bundestagsfraktion nicht akzeptabel sind.

Um den parlamentarischen Prozess zu beginnen, muss der Minister nun endlich einen Gesetzentwurf vorliegen. Auch ein Referentenentwurf ist leider bislang am fehlenden Rückhalt in der CDU/CSU gescheitert. Die Mittelstandsunion hat sich dezidiert gegen eine Pflegereform positioniert. Dieser unionsinterne Streit darf nicht dazu führen, dass Pflegekräfte, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen weiter nur vertröstet werden.

Ich werde mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen weiterhin für eine Reform der Pflegeversicherung noch



in dieser Legislaturperiode einsetzen. Ihr Schreiben habe ich in diesem Zusammenhang auch an die Pflegebeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Heike Baehrens, weitergeleitet.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Gabriele Hiller-Ohm". The signature is written in a cursive style with a long, sweeping underline.

Gabriele Hiller-Ohm, MdB



**Prof. Dr. Claudia Schmidtke**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im Gesundheitsausschuss

Prof. Dr. Claudia Schmidtke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An den Vorsitzenden  
Herrn Dr. Marek Lengen  
Ausschuss für Soziales der  
Lübecker Bürgerschaft  
23539 Lübeck

Berlin, 13.04.2021

Prof. Dr. Claudia Schmidtke, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Wi 65  
Raum: 3.28  
Telefon: +49 30 227-74901  
Fax: +49 30 227-76902  
claudia.schmidtke@bundestag.de

Lübeck / Berkenthin / Sandesneben:  
An der Untertrave 14-16  
23552 Lübeck  
Telefon: +49 451-59 29 65 10  
Fax: +49 451-59 29 65 12  
claudia.schmidtke.wk@bundestag.de

### **Dringlichkeitsantrag des Sozialausschusses der Hansestadt Lübeck vom 03.11.2020**

Sehr geehrter Herr Lengen,

vielen Dank für die Übersendung des Dringlichkeitsantrages des Ausschusses für Soziales der Lübecker Bürgerschaft zur Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung vom 03. November 2020.

Die Eigenbeteiligung an den wachsenden Kosten in der stationären Vollzeitpflege ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Diese Entwicklung ist besorgniserregend und bedarf dringend einer gesetzlichen Anpassung, da stimme ich Ihnen zu.

Gern möchte ich Sie vor diesem Hintergrund auf meine Antwort an Herrn Senator Schindler vom 16. Dezember 2020 hinweisen, in welcher ich die bisherigen Bemühungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Reform der Pflegeversicherung bereits ausführlich aufgeführt habe.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat seither mit dem neu formulierten „Arbeitsentwurf zu einem Gesetz zur Reform der Pflegeversicherung (Pflegereformgesetz)“ eine richtungsweisende Diskussionsgrundlage zur Entlastung der Pflegebedürftigen vorgelegt. Leider konnte bisher keine Einigung zur Gegenfinanzierung der Reform mit dem Koalitionspartner erzielt werden. Ich bedauere diesen Widerstand und die damit verbundene Verzögerung sehr.



Selbstverständlich werde ich mich mit Beginn des parlamentarischen Verfahrens für eine zügige Umsetzung des Vorhabens einsetzen. Ich kann Ihnen versichern, dass ich die angespannte Situation in der stationären Pflege genau im Blick habe und den Betroffenen keinen erneuten Aufschub zumuten möchte.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen die aktuelle Debatte um die zwingend nötige Reform der Pflegeversicherung darlegen.

Bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

hrc  
Anastasia Lohmann



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**21. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 08.06.2021	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Dr. Marek Lengen - SPD		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Aydin Candan - SPD		
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Dr. Carsten Grohmann - CDU		
Sandra Odendahl - SPD		
Dr. Werner Vieler - AfD		
Aneta Wolter - CDU		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Nil Gersdorf - CDU		
Andreas Müller - DIE LINKE		
Gabriele Ulrich - SPD		Befangen bei TOP 3.3 und 5.1
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL		
Dr. Axel Walther - FDP		
Thomas Fürst - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Befangen bei TOP 3.3 und 5.1
Christian Steen - SPD		zu TOP 5.1
Simone Stojan - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
<b>Beiratsmitglieder</b>		
Christian Rettberg - Behindertenbeirat		
<b>Verwaltung</b>		
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Andrea Aewerdieck-Zorom - 1.160 Frauenbüro		
Daniel Blank - FBC FB 2		
Dr. Jens Ilse - Stabstelle Ehrenamtskoordination		

Susanne Matthiesen - 5.610 - Stadtplanung und Bauordnung	zu TOP 4.1
Lisa Rupp - Stabstelle Ehrenamtskoordination	
Julia Schiffner - Gesundheitsamt	
Dirk Schmäuser - FB 2.500	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	
Dr. Alexander Mischnik - Gesundheitsamt	
<b>Protokollführung</b>	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
<b>Gäste</b>	
Pastorin Dörte Eitel - AG freier Wohlfahrtsverbände	zu TOP 6.1
Katja Nowroth - ePunkt e.V.	zu TOP 4.2
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.04.2021	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE): Frauenhausfinanzierung	<b>VO/2021/10149</b>
3.2	Anfrage AM Gregor Voht: Auswirkungen Sozialschutz-Paket III auf Kosten der Unterkunft (KdU)	<b>VO/2021/10192</b>
3.3	Anfrage des AM Dr. Axel Walther zu Budgetverträge für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2026	<b>VO/2021/10112-01</b>
3.4	NEU: Informationen zum Armuts- und Sozialbericht	
3.5	NEU: Informationen zu Corona	
4	Berichte	
4.1	Wohnraum für Studierende, Auszubildende und Flüchtlinge	<b>VO/2021/09958</b>
4.2	Zwischenbericht Ehrenamtskoordination in der Hansestadt Lübeck - Stabsstelle Koordinierung Ehrenamt und ePunkt e.V.	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Budgetverträge für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2026	<b>VO/2021/10112</b>
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Fortsetzung des Projekts ‚Großeltern im Quartier‘	<b>VO/2021/09744</b>
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Andreas Müller (DIE LINKE): Obdachlosigkeit in Lübeck	<b>VO/2021/10085</b>
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

--	--	--

Öffentlicher Teil:

## **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Er begrüßt die Gäste Frau Eitel von der Gemeindediakonie Lübeck zu TOP 6.1, Frau Nowroth vom ePunkt Lübeck e.V. zu TOP 4.2 und Frau Mattheßen zu TOP 4.1.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOPs 10 bis 15 en bloc abstimmen: Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Der Vorsitzende berichtete, dass nach der neuen Geschäftsordnung der Ausschuss vorab zu entscheiden hat, wer beim nichtöffentlichen Teil aus der Verwaltung anwesend sein darf/ muss.

Bisher ist nur die *Genehmigung der Niederschrift* und die Vorlage *VO2021/10022 Ausschreibung eines neuen Rahmenvertrages für die Bewachung und Bestreifung einiger bedarfsorientiert ausgewählter Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete* auf der nichtöffentlichen TO, von daher kann außer auf das Controlling Herr Blank und Frau Timmermann als Protokollführung sowie Frau Schwartz und Herr Wulf vom Bereich Soziale Sicherung auf weitere Mitglieder der Verwaltung verzichtet werden, es sei denn unter TOP 11 oder 14 werden noch Anfragen von den Ausschussmitgliedern gestellt. Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Der Vorsitzende verpflichtet das (stellvertretende) bürgerliche Ausschussmitglied Frau Simone Stojan mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die TOP 6.1, 4.2 und 4.1 im Anschluss an TOP 2 zu beraten, damit die Gäste nicht zu lange warten müssen.  
Ferner schlägt er vor, TOP 3.3 von der Nachtragstagesordnung zusammen mit TOP 5.1 zu beraten, da dieses thematisch zusammengehört.

Der Ausschuss beschließt die geänderte Tagesordnung.“

## **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

### **zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.04.2021**

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

**zu 3      Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

**zu 3.1      Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE): Frauenhausfinanzierung  
Vorlage: VO/2021/10149**

Frau Schwartz berichtet von der Bedarfsanalyse des Landes und von den strittigen Auseinandersetzungen mit dem Land. Hierzu hatte es bisher immer nur Gespräche gegeben und nun soll es seitens des Landes einen Richtlinienentwurf geben.

Hierzu sprechen Herr Dr. Grohmann, Herr Voth, Herr Dr. Walther, Frau Akyurt, Frau Friemer, Herr Müller, Herr Candan und Herr Dr. Vieler.

Der Ausschuss beschließt Frau Kock vom Autonomen Frauenhaus das Wort zu erteilen.

Frau Kock bestätigt noch einmal die Notwendigkeit und die großartige Unterstützung für die Sache durch den Bereich Soziale Sicherung und benennt die Aktionen, die bereits stattgefunden haben, um hier ein positives Ergebnis zu bekommen.

**Beschluss:**

Wie wirken sich die Entwicklungen der Frauenhausfinanzierung im Land Schleswig-Holstein auf die Frauenhäuser in Lübeck aus?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.2      Anfrage AM Gregor Voh: Auswirkungen Sozialschutz-Paket III auf Kosten der  
Unterkunft (KdU)  
Vorlage: VO/2021/10192**

Frau Schwartz trägt vor, dass geschätzt EUR 315.000 Mehrausgaben zu erwarten sind. Außerdem wird seitens des Jobcenters die MOG für Neufälle ausgesetzt.

Die genaue Bezifferung der Auswirkungen auf den städtischen Haushalt ist mangels entsprechender (Bundes-)Statistiken und Auswertungen nicht möglich. Eine rechnerische Herleitung ergibt mögliche Mehrausgaben für den städtischen Haushalt 2021 i.H.v. EUR 315.000. Da die Fallzahlen aktuell eher rückläufig sind, ist momentan davon auszugehen, dass der entsprechende HH-Ansatz auskömmlich ist.

Zudem erläutert Frau Schwartz, dass die Bundesbeteiligung KdU SGB II zuletzt deutlich erhöht (von rund 46% auf 71,6%) wurde, so dass hier auf das Einfordern von Konnexität verzichtet wurde.

Herr Dr. Grohmann verlässt von 17:45 Uhr bis 17:51 Uhr den Saal..

**Beschluss:**

1. Welche Auswirkungen hat das am 10. März 2021 verkündete Sozialschutz-Paket III auf die Kosten der Unterkunft?
2. Sind die geltenden Mietobergrenzen für Neufälle im SGB II ausgesetzt?
3. Welche Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind zu erwarten?
4. Sind zusätzliche Erstattungsleistungen (gem. Konnexitätsprinzip) für die kommunale Ebene angekündigt?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.3      Anfrage des AM Dr. Axel Walther zu Budgetverträge für den Zeitraum vom  
01.01.2022 bis 31.12.2026  
Vorlage: VO/2021/10112-01**

Gemeinsame Beratung mit TOP 5.1

**Beschluss:**

- Wie oft ist in den letzten 5 Jahren eine qualitative und wirtschaftliche Prüfung der Träger nach § 7 des Vertrages / Vorlage erfolgt?
- Wieviel Personal steht bei der Verwaltung für diese Aufgaben zur Verfügung?
  - Welche Standards und Qualifikationsbausteine bzw. Regelwerke seitens der Stadt bewerten die finanzielle Unterstützung der Träger?
  - Wieviel Drittmittel hat welcher Träger innerhalb der letzten 5 Jahre eingeworben bzw. erhalten?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

### zu 3.4 NEU: Informationen zum Armuts- und Sozialbericht

Herr Schmüser erklärt, dass sich der Armuts- und Sozialbericht in der Vorbereitung befindet.

Er berichtet weiter, dass es der Wunsch der Politik war, beteiligt zu werden. Allerdings ist auf das Angebot im Begleitgremium mitzuwirken nur eine geringe Resonanz festzustellen gewesen.

Hierzu sprechen Herr Müller und Frau Akyurt.

Herr Dr. Mischnik verlässt von 17:45 Uhr bis 18:08 Uhr die Sitzung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### zu 3.5 NEU: Informationen zu Corona

Herr Senator Schindler trägt die aktuellen Zahlen zur Corona-Lage in Lübeck vor.

Hierzu sprechen Frau Ulrich, Frau Akyurt, Herr Voht und Frau Schiffner.

Der Ausschuss erteilt Herrn Ulrich von der Vorwerker Diakonie das Rederecht.

Herr Ulrich berichtet, von den Bemühungen, den Obdachlosen ein Impfangebot zu machen. Leider ist der überwiegende Teil dieses Personenkreises nicht zur Impfung bereit.

Frau Wolter verlässt von 17:55 Uhr bis 18:05 Uhr den Saal.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## zu 4 Berichte

### zu 4.1 Wohnraum für Studierende, Auszubildende und Flüchtlinge Vorlage: VO/2021/09958

Frau Akyurt erfragt, wie man zu der Einschätzung gelangt ist, dass die Geflüchteten kein Interesse an diesem Wohnprojekt haben. Frau Schwartz berichtet von den Erfahrungen des Teams Flüchtlingsunterbringung und Frau Matthießen fügt hinzu, dass es andernorts ähnliche Projekte gegeben hat, die alle nicht weitergeführt wurden.

#### **Beschluss:**

Antrag der GAL-Fraktion in der Bürgerschaft am 22.02.2018 (VO/2018/05781):

„Im Jugendhilfeausschuss wurde am 1. Februar 2018 berichtet, dass in Lübeck Wohnraum für Auszubildende fehlt. Auch für Studierende ist günstiger Wohnraum knapp. In den Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge leben alleingereiste junge Männer, die ebenfalls auf der Suche nach eigenem Wohnraum sind.

In Städten wie Freiburg oder München sind integrative Wohnprojekte für Flüchtlinge und Studierende entstanden.

Es soll zeitnah geprüft und berichtet werden, wie ein ähnliches integratives Wohnprojekt für Auszubildende, Studierende und (junge) Geflüchtete in Lübeck entstehen kann. Das Studentenwerk SH ist mit einzubeziehen.

Beispiele aus anderen Städten wie München oder Freiburg können als positive und erfolgreiche Beispiele herangezogen werden.“

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Zwischenbericht Ehrenamtskoordination in der Hansestadt Lübeck - Stabsstelle Koordinierung Ehrenamt und ePunkt e.V.**

Frau Rupp, Herr Dr. Ilse und Frau Nowroth stellen mit Hilfe einer power-point-Präsentation die Projekte und Planungen der Stabsstelle Ehrenamt vor und geben einen Ausblick auf die nächsten Schritte.

Hierzu sprechen Herr Müller, Herr Candan. Frau Wolter und Herr Dr. Grohmann, der die politische Unterstützung bei den Projekten anbietet.

Der Ausschuss nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.

Frau Nowroth, Herr Dr. Ilse und Frau Rupp verlassen die Sitzung.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

**zu 5.1 Budgetverträge für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2026  
Vorlage: VO/2021/10112**

Der Vorsitzende berichtet, dass Frau Ulrich sowie Herr Fürst zu diesem TOP die Befangenheit erklärt haben. Herr Steen wird Frau Ulrich hier vertreten. Frau Ulrich und Herr Fürst verlassen um 18.00 Uhr den Saal.

Gemeinsame Beratung von TOP 3.3 und 5.1

Im Vorfeld wurden Fragen von der Fraktion DIE LINKEN per Mail eingereicht, die nun von Herrn Schmäser für den Bereich Soziale Sicherung beantwortet werden sollen.

Ferner werden die mit der Vorlage unter TOP 3.3 eingereichten Fragen beantwortet.

Herr Dr. Mischnik beantwortet die für den Bereich Gesundheitsamt gestellten Fragen.

Frau Gersdorf verlässt von 18.20 Uhr bis 18.28 Uhr den Saal.

Hierzu sprechen Herr Voht, Herr Schindler, Herr Müller und Frau Akyurt.

Herr Dr. Walther bittet die Zahlen zum Protokoll zu nehmen.

**Gesamtbudget FB2** für alle Budgetverträge in 2022:

€ 3.061.300,00 lfd.

€ 381.000,00 neu (Stadtmütter+StreMo)

€ 3.442.300,00 Budgetverträge in 2022

Herr Dr. Vieler bemängelt das Verfahren, da er die Fragen der Fraktion DIE Linke nicht kennt und so eine inhaltliche Befassung nicht möglich war. Er regt an, dass dieses künftig in einer Vorlage zu verfassen ist, die per Allris dann auch für die restlichen Ausschussmitglieder lesbar ist.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, mit den derzeit durch Budgetverträge geförderten Zuschussempfängern für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2026 Budgetverträge nach dem beigefügten Muster-Budgetvertrag abzuschließen.

Ausgenommen hiervon sind die Tätigkeitsfelder Kindertagesbetreuung, Schulkindbetreuung sowie die Lübecker Musikschulen und der Integrations-Pool an Lübecker Schulen. Für diese Institutionen sind nach der Sommerpause gesonderte Musterverträge zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ebenso ausgenommen hiervon sind die abzuschließenden Budgetverträge der Zuschussempfänger, die in diesem Jahr erstmalig ein Vertragsangebot erhalten werden (bspw. Lübecker Stadtmütter, Landschaftspflegeverein Dummersdorfer Ufer). Für diese Budgetnehmer wird ebenfalls nach der Sommerpause eine gesonderte Beschlussvorlage eingereicht werden.

<b>Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Frau Ulrich und Herr Fürst treten nach der Abstimmung um 19.00 Uhr wieder ein.

**zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 6.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Fortsetzung des Projekts ‚Großeltern im Quartier‘  
Vorlage: VO/2021/09744**

Frau Eitel führt aus, dass große Teile dieses Projektes in den Nachbarschaftsbüros fortgeführt werden können und die Gemeindediakonie eine Ausrichtung mit dem Schwerpunkt auf Familie und Kinder gewählt hat. Daher hat es keinen Antrag zur Projektverlängerung gegeben.

ben. Zudem sei es das Ziel von Projekten, dass selbstorganisierte Gruppen eigenständig fortgeführt werden, dies sei in den Räumen des Nachbarschaftsbüros möglich.

Hierzu sprechen Herr Senator Schindler, Frau Stojan, Herr Fürst, Herr Müller und Herr Candan.

Der Ausschuss entscheidet, Frau Hojenski aus dem Publikum das Rederecht zu geben, die ausführt, wie wichtig das Projekt dort im Hansering war. Sie spricht sich für eine tagesweise Splittung zwischen den beiden Standorten Kolberger Platz und Hansering aus.

Frau Eitel betont hier zu noch einmal aus persönlicher Sicht, wie wichtig und höchst unterstützenswert die Förderung des Gemeinwesens ist und regt an, hierbei aber das gesamte Stadtgebiet zu betrachten.

Herr Wulf führt aus, dass der Bereich Soziale Sicherung nach der Sommerpause einen umfangreichen Bericht zum Thema *Prävention im Alter* vorlegen wird. Dieser geht zurück auf einen Auftrag aus dem Sozialausschuss am 02.06.15. Dabei wird es um die Auswertung des Projektes *Präventive Hausbesuche in Moisling* gehen, dass die Caritas in unserem Auftrag durchführt und das sich mittlerweile im 3. Jahr der Umsetzung befindet. Gleichmaßen werden in dem Bericht aber auch die Erfahrungen und Erkenntnisse anderer Projekte vorgestellt, wie z.B. AWO/*Quartiersprojekt Broilingplatz* und *Gemeindediakonie/Großeltern im Quartier*. Hierzu hat uns die Geschäftsführerin der Gemeindediakonie Fr. Eitel den Abschlussbericht des Projektes *Großeltern im Quartier* zur Verfügung gestellt.

Herr Voht stellt den Antrag auf Vertragung bis zur Vorlage des Berichtes der Verwaltung.

Der Ausschuss beschließt die Vertragung mit 11 ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen.

Frau Eitel verlässt die Sitzung.

### **Beschluss**

Das im Mai 2020 ausgelaufene Projekt ‚Großeltern im Quartier‘ wird mit Mitteln der Hansestadt Lübeck fortgesetzt. Dazu wird eine entsprechende Vollzeitstelle, aufgeteilt auf 2 Teilzeitstellen, eingerichtet bzw. entsprechende Mittel dafür an einen geeigneten sozialen Träger vergeben. Die positiven Erfahrungen des fünfjährigen Projektzeitraums unter Leitung der Gemeindediakonie sind soweit wie möglich zu berücksichtigen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

## **zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

### **zu 7.1 AM Andreas Müller (DIE LINKE): Obdachlosigkeit in Lübeck Vorlage: VO/2021/10085**

Herr Senator Schindler berichtet von den Bemühungen aller Verantwortlichen um diesen Personenkreis. Es hat bereits ein Treffen stattgefunden, welches zukünftig 2 x jährlich erfolgen wird. Über die Platzzahlerhöhung für Obdachlose wurde bereits im Ausschuss im Rahmen der Sanierung Bodelschwing Haus berichtet.

Herr Müller bittet ein besonderes Augenmerk auf die Nichtversicherten zu haben.

Frau Schwartz stellt klar, dass der Versicherungsschutz nicht das Problem ist. Oftmals gibt es ein anderes Hindernis für diese Menschen.

Frau Odendahl verlässt von 19:00 Uhr bis 19:05 Uhr den Saal.

Herr Müller zieht den Antrag zurück.

#### **Beschluss:**

Der Sozialausschuss beschließt:

1. Es wird eine AG zum Thema Obdachlosigkeit in Lübeck gebildet, an der neben Politik und Verwaltung auch Träger, Vereine und Kirchen beteiligt werden.
2. Die AG soll sich mit Maßnahmen zur Erhöhung der Plätze in Unterkünften befassen.
3. Die AG soll sich mit Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz der Plätze in Unterkünften befassen.
4. Die AG wird dem Sozialausschuss einen Bericht über die Maßnahmen nach Nr. 2 und 3 vorlegen und ggf. weitere Handlungsempfehlungen aussprechen.
5. Der Bürgermeister wird beauftragt im Sozialausschuss das Impfkonzept gegen Corona für Obdachlose und Nicht-Versicherte vorzulegen und laufend über den Impfortschritt in diesen beiden Gruppen zu informieren.

#### **zu 8      Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

#### **zu 9      Ende des öffentlichen Teils**

Der Vorsitzende schließt um 19:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Dr. Grohmann beantragt, die Teilnahme von Herrn Dr. Mischnik im nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Der Ausschuss beschließt die Teilnahme von Herrn Dr. Mischnik.

Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.  
Frau Gersdorf verlässt die Sitzung um 19.01 Uhr.

Die Sitzung wird um 19:02 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

#### **zu 15      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Der Vorsitzende berichtet, dass die Niederschrift vom 27.04.2021 auch im nichtöffentlichen Teil genehmigt wurde.

Ferner verliest er den gefassten Beschlusstext zu TOP 13.1:

Der Ausschuss empfiehlt wie folgt:

„Ein neuer Rahmenvertrag für die Bewachung und Bestreifung einiger bedarfsorientiert ausgewählter Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete wird nach den geltenden Vergaberecht ausgeschrieben.“

Der Vorsitzende schließt um 19.25 Uhr die Sitzung

Lübeck, den 6. September 2021

Dr. Marek Lengen  
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann  
Protokollführung